



LANDTAGSPOST

HELMUT DAMMANN-TAMKE

KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion

Ausgabe Oktober 2019

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

am 22. Oktober fand – in mehrfacher Hinsicht – eine bemerkenswerte bundesweite Protestaktion der Landwirtschaft statt. Sie war basisdemokratisch organisiert, friedlich, von einem positiven Grundansatz getragen und es waren die jungen Bäuerinnen und Bauern, die sich hier losgelöst vom Berufsverband organisiert hatten. Es war auch nicht die klassische Demo in der einfach nur Forderungen – z.B. „Höhere Preise“ oder „Mehr Einkommen“ gefordert wurden, sondern das Motto lautete: „Wir bitten zu Tisch – redet mit uns“. Dies ist ein Appell, der sich an die Politik und an die Gesellschaft richtet. Abgesehen davon, dass es für die politischen Vertreter eine Selbstverständlichkeit sein sollte, war die Botschaft in Richtung der Gesellschaft das sogenannte „Bauernbashing“. Die pauschalen und undifferenzierten Anfeindungen, welche nicht nur in den sozialen Medien stattfinden, sondern auch bis in die Schulen hineinreichen, sind nicht hinnehmbar. Unsere Landwirte – und besonders die jungen unter ihnen – haben unseren Respekt und unsere Wertschätzung verdient. Diese Generation der jungen Bäuerinnen und Bauern sind zu Veränderungen bereit. Was sie fordern ist ein fairer Diskurs und ein verlässlicher Rahmen, in dem sie ihre berufliche Zukunft planen können. Eine berechnete und nachvollziehbare Forderung, wie ich meine. Nehmen wir das Dialogangebot an.



Dammann-Tamke: Die Politik, nicht die Landwirtschaft trägt Verantwortung für fehlende Veränderungsprozesse – Kanzleramt muss übernehmen

Hannover. Vor dem Hintergrund der friedlichen und konstruktiven Protestaktion vor allem junger Landwirte aus ganz Deutschland mahnt der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Helmut Dammann-Tamke einen fairen und selbstkritischen Umgang mit den in der Landwirtschaft tätigen Menschen an. Im Rahmen einer von der CDU beantragten Aktuelle Stunde sagte Dammann-Tamke, Politik – und nicht die Bauern – trügen die Verantwortung für die fehlenden, aber notwendigen Veränderungsprozesse in der Landwirtschaft. „Gerade die jungen Landwirte wollen Veränderung, und sie wissen als hochqualifizierte Agrarier am besten, wie sie Tiere, Böden und Klima effektiv schützen können. Diese junge Generation zukünftiger Landwirte verdient unseren Respekt. Und sie verdient Anerkennung dafür, dass sie sich offen und unvoreingenommen auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und gesellschaftlichen Wünschen mit der Politik und anderen gesellschaftlichen Gruppen an einen Tisch setzen will. Die CDU wird sie dabei tatkräftig unterstützen“, so der CDU-Agrarexperte.

Mit Blick auf die zahlreichen gesellschaftlich gewünschten Veränderungen bei Pflanzenschutz- und Düngemitteln, Tierwohl sowie Insekten-, Arten- und Klimaschutz warnt Dammann-Tamke vor der Überforderung eines ganzen Berufsstandes, die an die Existenz gehe. Als Beispiel nannte der CDU-Abgeordnete die nicht nachvollziehbaren und intransparenten Kriterien zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. „Ich bin Umweltminister Olaf Lies dankbar, dass sein Haus nun nacharbeiten wird. Unsere Landwirte halten sich an Recht und Gesetz, wollen aber fair behandelt werden. Wer Bauern-Bashing betreibt, macht es sich nicht nur zu einfach, sondern treibt einen Spaltpilz in unsere Gesellschaft.“

In Richtung der Bundesregierung sagte Dammann-Tamke abschließend: „Wir sollten Berlin davon überzeugen, dass bei allen diesen Themen die Landwirtschaft nicht das Problem, sondern ein unverzichtbarer Teil der Lösung ist, und wir sollten auf Anreizsysteme setzen und nicht wie die Bundesministerinnen Klöckner und Schulz auf Ordnungsrecht. Unsere Ministerin Barbara Otte-Kinast hat recht: Die Bundeskanzlerin muss diese Themen über das Kanzleramt zur Chefsache machen.“

Thiele: Einführung der Schuldenbremse in Niedersachsen und deren Festschreibung in der Landesverfassung

Hannover. Die Einführung der Schuldenbremse in Niedersachsen und deren Festschreibung in der Landesverfassung kommentiert der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ulf Thiele wie folgt: „Heute ist ein historischer Tag für Niedersachsen und die zukünftigen Generationen. Mit der Festschreibung der Schuldenbremse in der Landesverfassung sorgen wir dafür, dass in Niedersachsen auch in Zukunft solide gewirtschaftet wird, ohne die Handlungsfähigkeit des Staates in Krisenzeiten zu beschneiden. Mit dem von CDU und SPD jetzt beschlossenen Kompromiss für eine Regelung zur Schuldenaufnahme im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außerordentlichen Notsituation sind Landtag und Landesregierung zukünftig handlungsfähig, indem als Sofortmaßnahme in überschaubaren Rahmen eine Schuldenaufnahme erlaubt wird. Diese sind über einen Tilgungsplan anschließend wieder abzubauen. Gleichzeitig verhindern wir mit der Schuldenbremse eine weitere Belastung der heutigen und zukünftigen Generationen und schaffen so ein weiteres Stück der Generationengerechtigkeit. Jede Landtagsmehrheit muss zukünftig konsequent die Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachten. Wir machen ernst mit dem Schuldenstopp, Kinder und Enkelkinder werden nicht weiter belastet werden.“



Bäumer: Klimaschutzgesetz leistet wirksamen Beitrag zum Schutz unserer Lebensgrundlage – CDU setzt auf breite Akzeptanz der Bevölkerung



Hannover. Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um mindestens 80 Prozent bis 2050, Umstellung des ÖPNV auf klimaschonende Fahrzeuge bis 2035 und eine Landesverwaltung auf Basis erneuerbarer Energien ebenfalls bis zum Jahr 2050: Die Regierungsfractionen von CDU und SPD haben dem Landtag ihren Entwurf eines nachhaltigen und auf eine breite Akzeptanz abzielenden Klimaschutzgesetzes für Niedersachsen vorgelegt.

Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Martin Bäumer sagte zur Einbringung, die Koalition leiste mit den enthaltenen Maßnahmen einen „angemessenen und wirksamen Beitrag für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Wir sorgen zudem dafür, dass wir auf die Folgen des Klimawandels wie den Anstieg der Meeresspiegel und die Verschiebung der Klima- und Niederschlagszonen besser vorbereitet sind. Wir sagen sehr klar, wie und bis wann wir unsere Klimaschutzziele erreichen wollen, aber tun dies mit Augenmaß, indem wir die technologischen und wirtschaftlichen Chancen zum Wohle aller Menschen in unserem Bundesland nachhaltig nutzen.“

Für eine erfolgreiche Umstellung auf erneuerbare Energien und neue Antriebsformen sei es erforderlich, eine breite Akzeptanz der Bevölkerung zu erreichen. Als Beispiele nannte Bäumer die Mobilität und den Ausbau der Windenergie im ländlichen Raum. „Ohne Auto geht es in der Fläche nicht, das ist die Realität in Niedersachsen. Wir wollen das Auto nicht per se verteufeln, sondern weiterentwickeln. Mit Elektroautos, mit Wasserstoff oder mit synthetischen Kraftstoffen. Technologieoffen und frei von Ideologie.“ Ähnlich, so Bäumer, verhalte es sich bei der notwendigen Ausweisung neuer Flächen für die Gewinnung erneuerbarer Energien. „Manchmal habe ich den Eindruck, dass die Regelungen für den Abstand einer Windkraftanlage zu einem Vogelnest klarer gefasst sind als der Abstand zur Wohnbebauung. Auch hier kann Akzeptanz nur erzeugt werden, wenn die Menschen mitgenommen werden.“

Althusmann: Wir nehmen Sorgen der Landwirte ernst – Niedersachsen CDU fordert Gesellschaftsvertrag 2050 mit unseren Landwirten – Anträge an den Bundesparteitag verfasst

Hannover. „Die Lage bei unseren landwirtschaftlichen Familienbetrieben ist in weiten Teilen dramatisch und führt zu immer mehr Betriebsaufgaben. Die grünen Kreuze auf den Feldern und die angekündigten Demonstrationen müssen uns in der Politik, aber vor allem auch in der Gesellschaft, eine Mahnung sein“, so der CDU-Landesvorsitzende Bernd Althusmann. Gerade die bäuerliche Landwirtschaft und die gesamte Ernährungswirtschaft geraten durch immer strengere Auflagen beim Umweltschutz, beim Tierschutz und der Forderung nach mehr Nachhaltigkeit stark unter Druck. Dazu kämen Dokumentationspflichten und offene Weltmärkte, welche den Preisdruck zusätzlich erhöhen würden.



„Wir alle wollen eine Landwirtschaft, die sich im Wesentlichen durch familiengeführte Betriebe, mit Verantwortung für den ländlichen Raum, mit Verankerung in den Dörfern, mehr Umweltschutz, mehr und besseres Tierwohl, sowie durch regionale Produkte auf der Basis von Nachhaltigkeit auszeichnet. Dieses gesellschaftliche Ziel werden wir nur erreichen, wenn wir zu einer fairen Entlohnung – „Fair Trade für die heimische Landwirtschaft“ kommen. Daher fordert die CDU in Niedersachsen in einem Antrag für den kommenden Bundesparteitag einen ‘Gesellschaftsvertrag 2050’ mit unseren Landwirten, den Wirtschaftsbeteiligten – allen voran dem Lebensmitteleinzelhandel – und unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen, indem wir einen Plan für eine tragfähige Landwirtschaft der Zukunft festschreiben“, so Althusmann.

Ziel dieses Gesellschaftsvertrages müsse es sein, für die bäuerlichen Familienbetriebe ein gesellschaftspolitisch akzeptiertes Leitbild zu erarbeiten, dass dann ein verlässliches und tragfähiges Fundament für deren Arbeit darstellt. Im Kern ginge es darum, über den gesetzlichen Rahmen hinausgehende Gemeinwohlleistungen – unter Würdigung der internationalen Wettbewerbsbedingungen – zu identifizieren und Indikatoren zu bestimmen, an denen man die Erbringung dieser Gemeinwohlleistungen objektiv festmachen kann. Ähnlich wie bei Honorierung durch die ITW (Initiative Tierwohl) könne dann der Verbraucher durch eine bewusste Kaufentscheidung von heimischen Produkten die bäuerliche Landwirtschaft unterstützen.

„Ein solches System hätte eine unmittelbar steuernde Funktion, sowohl für den Produzenten als auch für den Verbraucher und wäre der Beginn des Ausstiegs aus einer staatlichen Alimentierung unserer Landwirtschaft. Voraussetzung ist ein belastbarer Gesellschaftsvertrag, auf dessen Basis gerade zukünftige und junge Landwirte eine unternehmerische Entscheidung für diesen wunderbaren und wichtigen Beruf ergreifen können“, so der Landesvorsitzende.

In einem weiteren Antrag an den 32. Parteitag der CDU Deutschlands wird die Bundesregierung aufgefordert, ein einheitliches Messstellennetzsystem zur Feststellung des Nitrat-Gehaltes des Grundwassers einzusetzen, welches auch äußere Bedingungen wie die Art des Bodenreliefs oder die Art der Nutzung berücksichtigt. Nur so könne Akzeptanz für einen tragfähigen Grundwasserschutz erreicht werden. „Wasser ist die Grundlage unseres Lebens. Ein wirksamer Grundwasserschutz ist ein besonderes und gemeinsames Anliegen von Politik, Landwirtschaft, Wasserverbänden und Verbrauchern. Einseitige Schuldzuweisungen und Ursachenzuschreibungen lehnen wir ab“, so Althusmann zu diesem Antrag.

Mit Blick auf das Aktionsprogramm Insektenschutz fordert die niedersächsische CDU in einem weiteren Antrag eine differenzierte Betrachtung und die Bedürfnisse der Ernährungs- und Landwirtschaft auch in FHH-Gebieten zu berücksichtigen, sowie das Ziel des Insektenschutzes über Anreizsysteme statt über Ordnungsrecht zu verfolgen. „Diese drei Anträge machen deutlich, dass uns als Christdemokraten Nachhaltigkeit, Umwelt- und Tierschutz und unsere bäuerliche Landwirtschaft wichtig sind. Wir wollen eine gesunde Zukunft mit Schutz für unsere Umwelt und gleichzeitig eine lebensfähige bäuerliche Landwirtschaft, mit der die Familienbetriebe ein ordentliches Auskommen haben und unsere Gesellschaft ernähren können. Wir sind davon überzeugt, dieses Ziel erreichen zu können“, so Althusmann.

TERMINE KAI SEEFRIED

28. Oktober 17.00 Uhr

Kreisgeschäftsführertagung in
Walsrode

29. Oktober 11.30 Uhr

Konferenz der Generalsekretäre in
Berlin

31. Oktober 17.00 Uhr

Gottesdienst und Luthervesper
anlässlich des Reformationstages

5. November 19.30 Uhr

Kreisvorstandssitzung CDU Stade

7. November 18.00 Uhr

Mitgliederehrung des CDU
Kreisverbands Stade in Stade

9. November 10.00 Uhr

Festveranstaltung 30 Jahre Mauerfall
in Zarrentin

16. November 09.30 Uhr

Kreisparteitag CDU Stade

TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

26. Oktober 10.00 Uhr

70 Jahre Landfrauenverein Harsefeld
in Harsefeld

26. Oktober 17.30 Uhr

Vortrag beim Sozialverband Deinste
in Deinste

29. – 30. Oktober

Besuch mit dem Ausschuss Häfen
und Schifffahrt in Emden/Eemshaven

7. November 18.00 Uhr

Mitgliederehrung des CDU
Kreisverbands Stade in Stade

12. November 09.00 Uhr

Parlamentarisches Frühstück auf der
Agritechnica in Hannover

16. November 09.30 Uhr

Kreisparteitag CDU Stade

*Die hier dargestellten Termine sind nur
eine kleine Auswahl der Termine der
beiden Landtagsabgeordneten.*

Miesner: Niedersachsen für Reiturlauber noch interessanter machen – Stärken weiter ausbauen

Hannover. Niedersachsen ist das führende Bundesland auf dem Gebiet der Pferdezucht und des Reittourismus. Knapp 200.000 Pferde, 450.000 Reiterinnen und Reiter und 20.000 Züchterinnen und Züchter sind hier ansässig.

„In Deutschland wird die Wirtschaftskraft des Reitsports mit ca. sechs Millionen Euro beziffert. In Niedersachsen davon deutlich mehr als eine Millionen Euro. Allein die reittouristischen Übernachtungen bringen einen Umsatz in Höhe von 225 Millionen Euro. Das alles schafft laut IHK ca. 70.000 Arbeitsplätze“, so der tourismuspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Axel Miesner.

„Das alles zeigt, dass unser Niedersachsen das Land für den Reiturlaub ist. Nutzen wir diese Potentiale und unsere Chancen. Unsere Reiterregionen sind bestens aufgestellt. Wir müssen überlegen, inwieweit wir unser Niedersachsen für Reiturlauber und deren Angehörige, deren Familien und Freunde noch interessanter machen können“, so Miesner weiter.

Niedersachsen steht für viele erfolgreiche und schöne Reitturniere im Lande. „Und diese Stärken wollen wir weiter ausbauen. Wir wollen die reittouristischen Infrastrukturen ausbauen. Wir wollen Reiterhöfe und Reithotels bei Investitionen unterstützen, die Werbeaktivitäten bündeln und damit verstärken. Der klassische Reiturlaub soll mit anderen Urlaubsangeboten verknüpft werden“, erklärt Miesner.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Kai Seefried MdL
Helmut Dammann-Tamke MdL

Kontakt

E-Mail: mail@kai-seefried.de
E-Mail: wahlkreisbuero@dammann-tamke.de
Telefon: 04141/ 5186-11

Anschrift:

Wahlkreisbüro Stade
Am Hinterdeich 4
21680 Stade

Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!

Weitere Infos:

www.kai-seefried.de oder www.dammann-tamke.de